Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 36 (1956-1957)
Heft: 12

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

POLITISCHE RUNDSCHAU

Bericht aus Washington

Eine neue Krise in der amerikanischen Außenpolitik, die seit dem Angriff auf Korea im Jahre 1950 als die ernsteste bezeichnet werden muß, bildet heute das dringlichste Problem der Regierung. Diese Krise wurde durch die Ereignisse im vergangenen Oktober im Mittleren Osten beschleunigt, geht aber in Wirklichkeit weit über bloße Fragen der Politik hinaus, die jenen Teil der Welt betreffen: sie erstreckt sich tatsächlich über die gesamte amerikanische Diplomatie.

Wenn man die Genfer Konferenz als einen Höhepunkt der Bemühungen der Regierung Eisenhower auf dem Gebiet der Außenpolitik bezeichnet, scheint es heute klar, daß die Entwicklung seit diesem Zeitpunkt beständig abwärts ging. Es sind nicht nur die großen Hoffnungen zerschlagen worden, die Mitte 1955 gehegt wurden, sondern auch die Führerstellung der USA hat fast täglich an Ansehen verloren.

Zu den Persönlichkeiten, die sich schon vor der Krise im Mittleren Osten mit diesem Problem befaßten, gehört Adlai Stevenson, der demokratische Präsidentschaftskandidat. Es ist eine seltsame Ironie, daß die Tatsache, recht gehabt zu haben, zur gewaltigen Niederlage Stevensons beigetragen hat. Es scheint klar, daß er auf alle Fälle besiegt worden wäre, aber es ist ebenso offensichtlich, daß sich das plötzliche Aufflammen von Unruhen im Gebiet des Suezkanals im letzten Oktober nicht zum Vorteil Stevensons, sondern zu demjenigen Eisenhowers auswirkte und beträchtlich zu einem in der amerikanischen Geschichte fast einzigartigen Mehr an Stimmen beitrug.

Wenn man heute in Washington einen Globus dreht, dürfte es schwer halten, eine lichtvolle Stelle zu finden, woselbst die amerikanische Außenpolitik einen Erfolg zu verzeichnen hat, oder sie auch nur der Lösung wichtiger Probleme näherzukommen scheint. In Korea hat sich das Endefeuer zu einem Unentschieden entwickelt, hinter dem die Kommunisten ihre militärische Stellung fast täglich verbessern, während sich die Streitkräfte der Vereinigten Nationen streng an den Buchstaben der Vereinbarungen von 1953 halten. Der Krieg in Taschenformat zwischen Rotchina und den Kräften Tschiang Kai Scheks geht weiter. Es besteht kein Anlaß für große Schlagzeilen, doch sind Artillerieduelle zwischen den Truppen auf Quemoy und denjenigen auf dem Festland etwas Gewöhnliches. Die Rotchinesen sind unnachgiebig in der Frage der Freilassung einiger amerikanischer Staatsbürger, während Washington es ablehnt, die Anerkennung Rotchinas auch nur in Betracht zu ziehen, oder über seine Zulassung zur UNO zu diskutieren. Auch hier ist die Partie unentschieden.

Die Krise der NATO und das deutsche Problem

In Europa ist die Lage kaum erfreulicher. Natürlich ist es zu begrüßen, daß es Polen gelungen ist, ein gewisses Maß an Selbständigkeit zu erringen, doch wird der Gewinn wettgemacht durch die Narben, die vom tapferen, aber erfolglosen Aufstand Ungarns bleiben werden. Es war klar, daß viele Ungarn während des Kampfes ehrlich glaubten, der Westen werde ihnen zu Hilfe kommen. Sie hofften besonders auf die USA, die allzu freigebig von Befreiung geredet und die Satelliten mit Freiheitsbotschaf-

ten geradezu bombardiert hatten. Daß der Westen nichts unternahm und nichts unternehmen konnte, wird ohne Zweifel eine lähmende Wirkung haben.

Obwohl die Ereignisse in Ungarn die westlichen Staaten wieder wachgerüttelt und ihnen die Dringlichkeit der Zusammenarbeit ins Bewußtsein gerufen haben, droht trotzdem der NATO eine Krise. Der «Schild» quer durch Europa, der bereits durch die französischen Truppenverlegungen nach Algerien geschwächt worden ist, sieht nun einer weiteren Schwächung entgegen, da mit Sicherheit auch die Bestände der britischen Truppen verringert werden, weil sich Großbritannien in finanziell bedrängter Lage befindet. Deutschland schreitet unter Adenauer einer etwas verspäteten, aber immerhin ständig zunehmenden Wiederbewaffnung entgegen. Die Nation bleibt geteilt, ein Zustand, der sehr wahrscheinlich zu weiteren Unruhen führen wird bis er beseitigt ist, und es besteht wenig Hoffnung auf eine rechtzeitige Regelung.

Es mag wohl sein, daß wir uns damit abfinden müssen, noch lange in einer Krisenzeit zu leben, wie dies viele kluge Beobachter gesagt haben. Obwohl auf allen Seiten erkannt worden ist, daß ein Krieg mit nationalem Selbstmord identisch wäre, wobei niemand irgend etwas gewinnen könnte, für das es sich lohnen würde zu kämpfen, müssen wir trotzdem immer neue und schrecklichere Waffen konstruieren, und zwar für phantastische Summen. Nach der Genfer Konferenz bestand wenigstens Hoffnung auf ein allmähliches Näherrücken einer Lösung. Statt dessen sind wir einer neuen und ernsteren Krise entgegengesteuert.

Politische Folgen der Suezkrise

Die unmittelbare Krise — im Mittleren Osten — zeitigt in Washington politische Folgen, die es der Regierung Eisenhowers schwer machen, auf irgendeinem Gebiet der Außenpolitik wirksam durchzugreifen. Die Demokraten, die in beiden Kammern die Mehrheit haben, sind sehr verbittert und verurteilen die Art, wie Staatssekretär Dulles das Mittelostproblem behandelt. Es wurde schon früher viel Kritik geübt, doch ist sie an Umfang und Schärfe heute bedeutend ausgeprägter. Eisenhower kann sich nicht mehr ohne weiteres auf die Unterstützung des Kongresses verlassen, wie in seiner ersten Amtsperiode.

Das politische Feuer richtet sich in erster Linie gegen den Staatssekretär. Man beschuldigt ihn, nicht nur zugelassen zu haben, daß sich die Lage im Mittleren Osten zusehends verschlimmerte, sondern auch immer zur unrichtigen Zeit das Unrichtige getan zu haben. Er schenkte Naguib eine silberbeschlagene Pistole, ein Symbol des Krieges, er machte das Angebot, den Bau des Staudammes von Assuan zu finanzieren, zog dann aber die Offerte wieder zurück. Er unterließ es, Israel mit den nötigen Waffen zu versehen, um sich gegen die aus kommunistischen Ländern eingeführten Waffen der Ägypter verteidigen zu können. Er ließ es zu, zusammen mit der UNO, daß die Ägypter die israelische Schiffahrt durch den Kanal und im Golf von Akaba verunmöglichten.

Schließlich rufen die Kritiker, Washington sei führend gewesen, als Frankreich und Großbritannien gezwungen wurden, ihre militärischen Operationen einzustellen, die vielleicht gut eine Grundlage für eine neue Lösung des Mittelostproblems hätten bilden können, wie diskutierbar auch die ethische Grundlage des Unternehmens war. Und jetzt, so sagt ein Kritiker, sieht die Eisenhower-Doktrin vor, daß die USA mit ihrem Geld und ihren Mannschaften das tun sollen, was sie den franko-britischen Kräften nicht zu tun gestatten wollten.

Ein großer Teil der Kritik, besonders im Lager der demokratischen Kongreßmitglieder, ist voll Bitterkeit gegenüber Dulles und zielt unverhohlen auf seinen Rücktritt. Ohne Zweifel würde der Weg etwas geebnet, wie im Falle Edens, wenn sich Dulles zum Rücktritt entschließen könnte. Dagegen scheint der Präsident Dulles immer viel eher zu unterstützen, wenn er sich in Schwierigkeiten befindet, und es ist nicht sehr wahrscheinlich, daß in naher Zukunft ein Wechsel im Staatsdepartement erfolgen wird.

Gegenwärtig üben die USA auf Israel einen gewaltigen Druck aus, um es zu zwingen, seine Truppen aus dem Gazastreifen und aus einigen anderen Teilen des ägyptischen Territoriums zurückzuziehen. Die Regierung kämpft um Zeitgewinn, hoffend, daß es der UNO wenn irgend möglich gelingen möge, um das Problem der Sanktionen herumzukommen, das Wiederaufflammen der Kämpfe zu verhindern und Nasser noch einmal zu besänftigen, damit schließlich doch noch ein Ausweg gefunden werde.

Dies mag vielleicht der Fall sein, aber selbst der republikanische Minderheitsführer im Senat hat es für nötig erachtet, darauf hinzuweisen, daß Sanktionen und andere Druckmittel in anderen Fällen nicht in Betracht gezogen wurden, daß Israel, ein sehr kleines Land, unter Druck gesetzt werde, während andere, die es mindestens so sehr verdient hätten, verschont blieben. Es wurden keine Sanktionsdrohungen laut, als sich Nasser der UNO widersetzte und den Kanal für israelische Schiffe sperrte, als sich Rußland im Fall Ungarn nicht um die Weisungen der UNO kümmerte, als Indien in der Kaschmirfrage seine Politik durchsetzte.

Diese Inkonsequenz wird natürlich von der Administration erkannt. Sie ist aber trotzdem der Ansicht, sie müsse das diplomatische Spiel Tag für Tag weitertreiben. Sie glaubt, nur durch Besänftigung Nassers, durch Anbiederung an Ibn Saud und durch den Versuch, in beiden sich befehdenden Lagern einen festen Halt zu schaffen, schließlich einer Lösung näherzukommen.

Eine der besten Waffen des Präsidenten, die er übrigens erst kürzlich gegenüber Ibn Saud verwendete, ist sein gewaltiges Prestige und seine persönliche diplomatische Geschicklichkeit. Sein Hauptinteresse und zugleich der wichtigste Beweggrund, weshalb er eine zweite Amtsperiode erstrebte, ist die Erhaltung und Sicherung des Friedens. In weitesten Kreisen des In- und Auslandes bleibt sein Prestige sehr groß, aber es hängt weitgehend davon ab, ob es ihm gelingen wird, konkrete Ergebnisse zu erreichen. Denn heute richtet sich heftiges politisches Feuer gegen ihn, und seine Gegner werden unter keinen Umständen nachgeben. Dazu kommt, daß er in seiner zweiten Amtsperiode steht. Der Herr des Weißen Hauses verliert traditionsgemäß langsam seinen Einfluß, wenn sich seine Amtszeit ihrem Ende nähert.

Als sich die Krise im gefährlichen Stadium befand, war Dulles während längerer Zeit krank. Deshalb mußte sich der Präsident viel mehr persönlich mit der Außenpolitik befassen als je während seiner ersten Amtsperiode. Er weiß jetzt, daß er wahrscheinlich der schwersten Krise seiner Präsidentschaft gegenübersteht. Er gibt sich in keinem Spiel gern geschlagen, und gewöhnlich verliert er auch nicht. Hoffen wir, daß ihm der Erfolg auch auf dem Gebiet der Außenpolitik treu bleibt.

Richard J. Davis

Bericht aus der Tschechoslowakei

Um die Mittagszeit des ersten Samstags im Monat Februar warteten in den sonnendurchfluteten Straßen Prags Tausende von Arbeitern und Schulkindern, die man zur Begrüßung der vom Staatsbesuch in Moskau zurückkehrenden tschechoslowakischen Delegation geschlossen geführt hatte, auf die Ankunft des Sonderzuges. Der Empfang vor dem Hauptbahnhof, der bis 1948 den Namen des amerikanischen Präsidenten Wilson trug, dessen Bemühungen um die Beendigung des ersten Weltkrieges zur Gründung der Tschechoslowakei geführt hatten, verlief wie jeder andere. Dann kam aber die große Überraschung: die Staats- und Parteiführer bestiegen nicht die bereitstehenden, großen,

kugelsicheren sowjetischen Limousinen, sondern gingen zu Fuß durch die Straßen Prags an den dichtgedrängten Menschenmengen vorbei. Wenn auch Volksmilizen, deren Erscheinen in den Straßen Prags vor nahezu neun Jahren die Regierungskrise zugunsten der Kommunisten entschieden hatte, zusammen mit zahlreichen Männern des Sicherheitsdienstes in den ersten Reihen für den Schutz der Delegation sorgten, war es seit der kommunistischen Machtergreifung das erstemal, daß sich die ganze Führungsgarnitur so frei und ungezwungen zeigte. Durch ihr «volksnahes» Auftreten, das auch freundlich quittiert wurde, wollte sie den Eindruck erwecken, daß die Ergebnisse der Moskauer Verhandlungen von der gesamten Bevölkerung begrüßt werden.

Prag präsentierte die Rechnung in Moskau

Die tschechoslowakische Regierungsdelegation kam aus Moskau nicht mit leeren Händen zurück. Sie war in die Sowjetunion gefahren, so verkündete der Präsident der Republik, Antonin Zapotocky, der zu den ältesten kommunistischen Führern des Landes zählt, bei der Ankunft in Prag, «um sich wie ein Freund mit seinem Freunde, wie ein Bruder mit seinem Bruder in gleichberechtigter Weise gemeinsam zu beraten.» Der Umstand, daß der Delegation auch Vertreter der drei Schattenparteien angehörten, die unter der Führung der KP in der Regierung der Nationalen Front unbedeutende Posten einnehmen, gab zu Vermutungen Anlaß, daß die KP der Tschechoslowakei, unter dem Eindruck der Ereignisse in Warschau und Budapest, bereit wäre, auf einen Teil ihrer Macht zugunsten der Nichtkommunisten zu verzichten. Diese Kombinationen entkräftete schon während des Moskauer Aufenthaltes Zapotocky mit folgenden Worten: «Wir haben uns die Aufgabe gestellt, in unserem Lande den Sozialismus aufzubauen, für den die KP schon Jahrzehnte kämpft. Die bessere Gegenwart und Zukunft wollen wir jedoch nicht nur für die Kommunisten bauen, sondern für unser ganzes tschechisches und slowakisches Volk. Dazu sind nicht nur die Kräfte von uns — Kommunisten —, sondern aller Angehörigen des Volkes notwendig, die gerade unsere Nationale Front verbindet und repräsentiert. Man muß jedoch betonen, daß unsere Nationale Front keine *Koalition* von politischen Parteien ist, die verschiedene egoistische Ziele verfolgen. Unsere Nationale Front und ihre Regierung hat jedoch ein gemeinsames, einheitliches und festes Programm und Ziel, immer besser die Bedürfnisse und Erfordernisse unseres ganzen Volkes zu erfüllen und den Sozialismus zu erbauen» (laut «Rude pravo» vom 29. 1. 57).

Die tschechoslowakische Delegation kam nach Moskau nicht, um irgendwelche Forderung zu stellen, da, mit Zapotocky gesprochen, «die freundschaftlichen Bündnisbeziehungen zwischen der ČSR und der Sowjetunion auf den festen und unerschütterlichen Grundlagen der Souveränität, Gleichberechtigung, Nichteinmischung, gegenseitiger Achtung, Zusammenarbeit und brüderlicher Hilfe beruhen».

Belohnung für Schützenhilfe war sicher

Dennoch konnten die tschechoslowakischen Parteiführer erwarten, daß sie auch ohne Forderungen viele Zugeständnisse und Erleichterungen erreichen würden, denn während der beiden Oktoberrevolutionen in Ungarn und Polen erwies sich die ČSR als ein fester und treuer Verbündeter der Sowjetunion. Das sowjetische Staatsoberhaupt Woroschilow bekannte in seiner Antwortrede an die erwähnten Erklärungen Zapotockys offen, daß die Sowjetunion der Tschechoslowakei zutiefst zu Dank verpflichtet sei: «In der Not lernt man den Freund kennen. Auch wir haben Schwierigkeiten und Not kennengelernt. Das hat uns jedoch nur nähergebracht, verbrüdert und für ewig unser kämpferisches Bündnis durch Bande wirklicher Gleichheit und Brüderlichkeit gefestigt.»

Damit war auch vor der Öffentlichkeit ausgesprochen worden, daß die feste Haltung Prags während der sowjetisch-polnischen Auseinandersetzung und des ungarischen Freiheitskampfes den Bestand des sowjetischen Satellitenreiches vor noch größeren Erschütterungen bewahrt hatte. Tatsächlich hat die Prager Regierung durch zuverlässige, vorwiegend tschechische Truppen in der Slowakei einen festen militärischen Sperrriegel zwischen Polen und Ungarn gebildet, der ein Übergreifen der revolutionären Geschehnisse auf den wenig vertrauenswürdigen Teil des Landes — die Slowakei — verhindern und die beiden Zentren des antisowjetischen Widerstandes trennen sollte. Nicht nur die Grenze gegenüber Ungarn, sondern auch gegen Polen wurde militärisch besetzt und feldmäßig befestigt. Ferner steht fest, daß der konzentrische Angriff der sowjetischen Panzerverbände am Morgen des 4. November zum Teil aus südslowakischen Bereitstellungsräumen (um Komorn) und auf wiederholtes Verlangen der Prager Parteiführung erfolgte, was auch durch eine am 3. November um 22 Uhr gehaltene Rundfunkansprache des Staatspräsidenten Zapotocky bestätigt wurde: «Die Ruhe in unserem Lande lassen wir durch nichts stören. Daher haben wir auch ein Interesse daran, daß in unserer unmittelbaren Nachbarschaft Ruhe herrscht, ebenso wie in der ganzen Welt.» Und beim Eintreffen in der sowjetischen Grenzstadt Brest bestätigte Zapotocky indirekt die schon vorher vom indischen Ministerpräsident Nehru andeutungsweise bekanntgegebene Tatsache, daß tschechoslowakische Truppen an der Niederwerfung des ungarischen Freiheitskampfes in Nordostungarn (um Miskolcz) aktiv beteiligt waren, indem er sagte: «In den *letzten beiden Jahrzehnten* wurde die Brüderlichkeit und Freundschaft unserer beiden Länder durch das Blut unserer und der sowjetischen Soldaten besiegelt» («Rude pravo», 25. 1. 57). Polnische Hilfslieferungen an das kämpfende ungarische Volk wurden in der Slowakei aufgehalten und der Grenzverkehr mit Polen durch verschiedene Schikanen behindert. Den von den Freiheitskämpfern bedrohten Anhängern des Rakosi-Gerö-Regimes wurde in der Slowakei Schutz gewährt, ebenso wie der Kadarregierung, deren Bildung sich ebenso dort vollzogen hat. Dieses aktive Eingreifen in den ungarischen Freiheitskampf hat die tschechoslowakische Regierung niemals abgestritten, sondern immer wieder stolz hervorgehoben, ebenso wie ihre Bemühungen um die Festigung des Kadarregimes.

Isolierung trug Früchte

Wieso gelang es der Prager Regierung, ihr Land gegenüber der revolutionären Gärung in den Nachbarstaaten immun zu machen? Die Antwort wurde in einem Leitartikel des kommunistischen Zentralorgans «Rude pravo» vom 15. 2. 57 — ein Jahr nach dem historischen XX. Kongreß der KP der Sowjetunion — gegeben:

«Völlig richtig handelte unsere kommunistische Partei, als sie sich nach dem XX. Kongreß auch die Aufgabe stellte, die sozialistische Demokratisierung zu vertiefen. Und völlig richtig betonte sie gleichzeitig, daß der Prozeß der Vertiefung dieser Demokratie mit einer ‚Demokratisierung' nichts gemeinsam haben könne, die zu einem Freiwerden der gefesselten reaktionären Kräfte und zur Schwächung der Diktatur des Proletariates führen würde... Ebenso völlig richtig handelte sie, als sie zum Kernpunkt der neuen Änderungen die Festigung der führenden Rolle der Partei machte... Die Ereignisse haben die Richtigkeit dieses Vorgehens bestätigt... Erfolgreich haben unsere Arbeiterklasse und unser werktätiges Volk im Herbst die Klippen der ungarischen Ereignisse passiert.» Konkret gesagt, hat die Führung der tschechoslowakischen KP nur sehr zurückhaltend und zögernd die vor einem Jahr in Moskau beschlossenen Maßnahmen zur Entstalinisierung durchgeführt, so daß die Kranzniederlegung an den Sarkophagen Lenins *und* Stalins («dem genialen Lehrer und großen Führer der Werktätigen in der ganzen Welt W. I. Lenin» und «dem großen Kämpfer für den Sozialismus I. W. Stalin») keine Anpassung an die letzte Kursänderung des Kreml war, sondern die Haltung Prags während des vergangenen Jahres symbolisierte. Die Prager KP-Führung war

wegen ihres stalinistischen Kurses von seiten Jugoslawiens und in der letzten Zeit auch Polens scharfen Anfeindungen ausgesetzt.— «Ja, wir wurden das Ziel der ausländischen bürgerlichen Propaganda», erklärte der 1. Sekretär des Prager ZK Antonin Novotny nach Beendigung der Moskauer Gespräche in einer Rede in der Uralstadt Swerdlowsk. «Sie bezeichneten uns als Stalinisten, denn es gefällt ihnen unser Regime nicht. Warum? Weil ihnen nicht das gelingt, was sie in Ungarn und *anderswo* durchsetzten. Weil wir nicht bereit sind, neue Vorbilder anzuerkennen, wie man die sozialistische Ordnung bauen und die Demokratie erweitern soll, die uns von verschiedenen Seiten angeboten werden. Wir werden ebenso wie die Sowjetunion den festen Weg weitergehen.»

Die Gefahr der Infizierung durch Ideen aus Warschau und Budapest, weniger aber durch ketzerische Gedankengänge aus Belgrad war wirklich groß. Dies zeigte im vergangenen Frühjahr die Unruhe unter den tschechoslowakischen Hochschülern und Schriftstellern, die noch heute latent ist. Nicht nur durch Verbreitungsverbot polnischer Zeitungen und Zeitschriften und ungarischer Kulturpublikationen, sondern vielmehr durch massive Drohungen gelang es, die Intelligenz zum Schweigen zu bringen, wenn es auch heute noch Mutige wagen, ihre oppositionellen Ansichten zu äußern: so der tschechische Schriftsteller K. J. Benes, der in seinem Weihnachtsartikel in der literarischen Zeitschrift «Literarni noviny» erklärte: «Wir alle sind an den Ereignissen in Ungarn schuld.»

Keine Voraussetzungen für einen Freiheitskampf

Im Gegensatz zu Polen und Ungarn blieb den Schriftstellern in der ČSR eine Breitenwirkung versagt. Die Gründe liegen erstens in der wirtschaftlich relativ günstigen Lage des Landes, das, wie Zapotocky in Moskau stolz hervorhob, schon in der österreichisch-ungarischen Monarchie eine starke Industrie aufwies, und daher nicht durch die von den Kommunisten durchgeführte Schwerindustrialisierung zugrunde gerichtet wurde wie die früher vorwiegend agrarischen Länder Polen und Ungarn. Zweitens herrscht in der Tschechoslowakei kein so starker Russenhaß wie in diesen Nachbarländern, was vor allem darauf zurückzuführen ist, daß sich die ČSR erfolgreich gegen wirtschaftliche Ausbeutung durch die Sowjets behauptete. Nicht zuletzt fesselt die von der kommunistischen Propaganda geschickt genährte Angst vor dem wieder erstarkten Deutschland dieses westlichste slawische Land an den «großen Bruder» im Osten: «Eine Gefahr, die dem Münchner Abkommen (1938) ähnelt, existiert!» stellte Zapotocky in Moskau fest.

Diesen Vernunftsgründen ist das tschechische Volk um so zugänglicher, als es seit Jahrhunderten eine bewährte Haltung gegenüber der jeweiligen «Schutzmacht» einnahm. Solange keine hundertprozentigen Erfolgsaussichten bestehen, lehnt man sich in Böhmen gegen eine Großmacht nicht auf. Dieses Verhalten bewährte sich auch im letzten Weltkrieg, als die ständig betonte und tatsächlich auch praktizierte Loyalität gegenüber dem Großdeutschen Reich so viele Vorteile eintrug, daß im Protektorat Böhmen und Mähren bessere Lebensbedingungen herrschten als in Deutschland. Zu einem Aufstand in Prag kam es erst eine Woche nach Hitlers Tod, so daß man auch heute nicht fehlgeht, wenn man Barrikaden in Prag mit dem Ende des Sowjetreiches gleichsetzt. Anders ist jedoch die Haltung des kleinen slowakischen Volkes, das sich ohne ersichtlichen «Vernunftgrund» bereits Ende 1944 gegen die deutsche Wehrmacht erhob. Daher schützte sich auch diesmal das Prager Regime gegen Überraschungen in der Slowakei durch bisher größte Truppenkonzentrationen.

Schwere Fesseln des Uranreichtums

Die Moskauer Verhandlungen brachten in politischer Hinsicht wenig Neues, einfach deshalb, weil sich die Prager KP-Führung allen Wünschen Moskaus elastisch anpaßte.

Sie versäumte aber nicht, auf die Schwierigkeiten hinzuweisen, die ihrem Lande durch die ungarischen und polnischen Ereignisse sowie durch den Suez-Konflikt verursacht wurden. Prompt erhöhte die Sowjetunion, in Anerkennung der Verdienste seines treuesten Vasallen, ihre Rohstofflieferungen an die tschechoslowakische Industrie in beträchtlichem Ausmaß, so bei Erdöl um 100 Prozent. Auch die Lebensmittellieferungen wurden erhöht, so daß die ČSR in diesem Jahr mit 1,4 Millionen Tonnen sowjetischen Getreides rechnen kann. Bisher bestritt die Sowjetunion rund ein Drittel des tschechoslowakischen Getreideverbrauches und deckte auch einen großen Teil des Butter- und Fleischverbrauches, so daß die Sowjetunion, angesichts des Niederganges der kollektivierten Landwirtschaft der ČSR, die Politik des Brotkorbes sehr wirksam anwenden könnte.

Entscheidend für die Gestaltung des tschechoslowakisch-sowjetischen Verhältnisses sind jedoch die reichen Uranvorkommen Böhmens, die dazu beigetragen haben, den Vorsprung der Westmächte auf diesem Gebiet zu mildern. Schon seit 1945 wurden die Pechblende von Joachimsthal, aus der früher Radium gewonnen wurde, und das uranhältige Erz aus den alten Silberminen Pribrams in sowjetischer Regie ohne jede Entschädigung abgebaut. Nunmehr erreichte die Prager Regierung, daß das Uranerz in die Warenlisten des Handelsvertrages aufgenommen und angeblich mit Weltmarktpreisen bewertet wurde. Das Uranerz würde heute zu den ertragreichsten Exportartikeln der ČSR gehören, wenn die ČSR nicht zugleich gewaltige Summen an die Sowjetunion für die Erhaltung des Vereinigten Institutes für Kernforschung in Dubno an der Wolga, für den nördlich von Prag an der Moldau gebauten Atomreaktor und für die Einrichtungen zum ersten Atomkraftwerk bei Ziar am slowakischen Gran-Fluß zahlen müßte. Die Sowjetunion hat sich nunmehr bereit erklärt, eine Uranaufbereitungsanlage in der ČSR zur Entlastung des Eisenbahntransportes zu errichten und eine Anlage für Erzeugung von «schwerem» Wasser zu bauen.

Zieht man noch das gewaltige Rüstungspotential des Landes in Betracht, dann gelangt man zwangsläufig, ebenso wie die Bevölkerung der Tschechoslowakei, zur Ansicht, daß eine Auflehnung des uranreichsten Landes Europas gegen die Sowjetunion heute noch aussichtslos ist.

Militärische Umschau

Widersprüche der militärischen Ausbildung 1957

Der Ausbildungsplan

Vor Jahresfrist hat das EMD den Vierjahresplan 1956/59 für die Ausbildung unserer Armee in Wiederholungs- und Ergänzungskursen aufgestellt[1]). Noch Ende Dezember 1956 teilte das EMD mit, Schultableau II und Aufgebotsplakat für 1957 seien auf der Grundlage dieses Planes aufgestellt worden. Vorgesehen waren u. a. zwei große Heereseinheitsmanöver: im Mai für die Divisionen 2 und 3 und im Oktober für die Divisionen 4 und 6. Die Grenz-, Festungs- und Reduitbrigaden beginnen 1957 mit einem neuen dreijährigen Ausbildungsturnus, der im laufenden Jahr Ergänzungskurse für die Grenzbrigaden 3, 5, 7, 12, die Festungsbrigade 13 und die Reduitbrigade 21 vorsieht.

Einige Spezialkurse hängen mit der Beschaffung von neuem Kriegsmaterial oder mit organisatorischen Neuerungen zusammen: der Umschulungskurs von 6 Wochen für die neu aufgestellte Panzerabteilung 14, Umschulungskurse (WK) für die beiden ebenfalls neu aufgestellten Panzersappeurkp. 52 und 54, Umschulung einiger Infanteriekanonenzüge der Grenz- und Festungsbrigaden auf die 9 cm Panzerabwehrkanone, Einführungskurse für die Offiziere der neu organisierten Nachschubkommandostäbe. Ferner die erstmalige Einberufung neu aufgestellter oder neu organisierter Formationen des Fliegernachrichtendienstes: Mobile Fliegerfunkerkp., Mobile Fliegerübermittlungsabteilung, Fliegerradarkp., Abteilungsstäbe des Fliegerbeobachtungs- und Meldedienstes, sowie Stab und Stabskompagnie eines neu gebildeten Fliegernachrichtenregiments 1.

Schon die erwähnte Mitteilung des EMD machte einen Vorbehalt hinsichtlich außerordentlicher Instruktionsdienste in Anpassung an die jeweiligen Umstände, die allenfalls Änderungen, Verschiebungen und Ergänzungen der Truppenaufgebote mit sich bringen könnten. Ebenso besagte die amtliche Mitteilung, die Durchführung der vorgesehenen Manöver werde von der politischen Lage und der Versorgungslage mit Treibstoffen abhängen.

Die Wendung

Noch in der Dezembersession hatte der Nationalrat ein Postulat seiner erweiterten Militärkommission angenommen, das den Bundesrat einlud, eine zusätzliche, auf dienstlicher oder außerdienstlicher Grundlage beruhende Ausbildung der Truppe, insbesondere in der Panzerabwehr, durchzuführen. Bundesrat und Militärdepartement sind diesem Auftrag mit bemerkenswerter Raschheit nachgekommen und haben bis Ende Januar ein ergänzendes Ausbildungsprogramm aufgestellt, das der Bundesrat mit Botschaft vom 15. Februar den eidgenössischen Räten unterbreitet[2]). Das Schwergewicht dieses Programms beruht in einer vermehrten Ausbildung auf dem Gebiet der *Panzerabwehr* in den ordentlichen WK des Jahres 1957 und in den ordentlichen Ergänzungskursen der Jahre 1957 bis 1959. Abweichend von den ordentlichen Ausbildungsprogrammen und damit auch von den vier WK-Typen des Ausbildungsplanes 1956/59 sollen WK und EK der Infanterie, der Leichten Truppen, der Artillerie sowie der Genie-, Verpflegungs- und Motortransporttruppen vorwiegend der Schulung in der Panzerabwehr mit Panzerwurfgranaten, Raketenrohren, Panzerabwehrminen und behelfsmäßigen Mitteln dienen. Zur Vorbereitung der Offiziere auf diese intensive Ausbildung der Truppe in der Panzernahbekämpfung hat der Bundesrat bereits am 29. Januar beschlossen, die Kadervorkurse für Offiziere von drei Tagen um drei bis vier Tage auf insgesamt sechs bis sieben Tage zu verlängern. Die Kadervorkurse sollen demnach bei den betroffenen Truppen für das Kurskommando und den Ausbildungsstab bereits am Montag beginnen. Am Dienstag rücken die übrigen Subalternoffiziere ein, am Samstag wie üblich die Unteroffiziere und am zweiten Montag die Truppe[3]). Diese Maßnahmen bedeuten eine erhebliche Umstellung in der Durchführung der WK und Ergänzungskurse. Indem die Panzernahbekämpfung Hauptzweck der Kurse wird, verdrängt sie naturgemäß andere Ausbildungsgebiete, die entweder gar nicht oder doch nur in reduziertem Maße betrieben werden können. Das Gleichgewicht zwischen der Detailschulung an Waffen und Geräten einerseits und der Verbands- und Führerschulung anderseits, das den Ausbildungsplan 1956/59 auszeichnet, wird schon im zweiten Planjahr durch Überbetonung der Detailschulung auf dem eng begrenzten Gebiet der Panzernahbekämpfung gestört. Ebenso werden die bisher geltenden Spezialisierungsgrundsätze und -quoten der einzelnen Truppengattungen umgestoßen. Die WK-Ausbildung jedes Soldaten als Panzernahkämpfer hat notwendigerweise Rückwirkungen auf die Rekrutenausbildung. Bei den erwähnten Truppengattungen muß folgerichtig jeder Rekrut mit den Waffen und in der Technik der Panzernahabwehr geschult werden, die Panzernahbekämpfung zur Grundschulung eines jeden Infanteristen und Artilleristen gehören.

Wenn auch die Anordnungen des Bundesrates im allgemeinen zustimmend aufgenommen wurden, so dürfen doch da und dort laut gewordene Bedenken nicht verschwiegen werden. Oberstbrigadier *Niggli* bemerkte am Rapport der Gebirgsbrigade 12 in Chur, bei der Forderung nach einer verstärkten Panzerabwehr werde zu sehr nur an die Panzernahabwehr gedacht. «Wir dürfen aber nicht vergessen, daß die Panzer in Budapest vom taktischen Standpunkt aus falsch eingesetzt waren... Es ist kaum anzunehmen, daß ein Gegner im Kriege mit seinen Panzern in eine solche Mäusefalle fahren wird, um sich mit Benzinflaschen aus kürzester Distanz vernichten zu lassen... Wir müssen uns klar sein, daß es sich für uns zunächst nicht darum handelt, im besetzten Gebiet als Partisanen Sabotage zu treiben. Aufgabe unserer Armee ist es vielmehr, in erster Linie zu verhindern, daß ein Gegner unser Land besetzen kann.» Um den Kampf unter gleichen Bedingungen führen zu können, fordert der Brigadekommandant «Waffen, die in der Lage sind, Panzer auf große Distanzen zu bekämpfen und die beweglich genug sind, um den Anforderungen des Atomkrieges zu genügen»[4]). In der «Neuen Zürcher Zeitung» warnt *Gustav Däniker* eindrücklich vor einer «Monomanie in der Landesverteidigung» und geißelt die falschen Lehren und Schlußfolgerungen gewisser Leute aus den Kämpfen in Budapest[5]). «Teilweise dieselben Leute, welche aus ähnlichen Überlegungsfehlern vor wenigen Jahren noch behaupteten, in der Schweiz sei ein Panzereinsatz aus geländemäßigen Gründen nicht möglich, fürchteten plötzlich nur noch ein Kampfmittel, den Panzer... Wer bei Nachrichten von Panzernahkämpfen plötzlich die ganze Armee auf Panzernahkämpfe umstellen will, ...der beweist, daß er den Krieg nur stimmungsmäßig erfaßt und der wirklichen Bedrohung in ihrer Totalität ohne umfassendes Verständnis gegenübersteht.» Der Verfasser kritisiert den mangelnden Sinn für Proportionen und mahnt mit Recht, das wichtige, aber nicht absolute Problem der Panzerabwehr weiterhin als Detailproblem zu sehen, das nicht mehr vernachlässigt werden darf, dessen verantwortungsbewußte Behandlung aber nicht unser ganzes militärisches Denken in Anspruch nehmen darf. Der sozialdemokratische Bundeshaus-Pressedienst, der die Notwendigkeit einer vermehrten Panzerabwehrausbildung bejaht, hat doch vom Beschluß des Bundesrates «einen ausgesprochen improvisierten, überstürzten Eindruck» und folgert logisch: «Wenn Ereignisse wie diejenigen in Ungarn jedesmal zu derartigen Umstellungen im Ausbildungsprogramm führen sollten, dann muß offenbar an diesem Ausbildungsprogramm einiges nicht stimmen[6]).»

An der Jahresversammlung der *Offiziersgesellschaft des Kantons Zürich* kritisierte deren Präsident, Oberst *Fritz König*, die Neigung der Landesverteidigungskommission, sich bei ihren Entscheidungen gelegentlich allzusehr von politischen und wirtschaftlichen Rücksichten leiten zu lassen und gab dem Wunsche Ausdruck, die Landesverteidigungskommission sollte von den Einflüssen und Druckmitteln außermilitärischer Herkunft befreit werden und wieder als rein militärisches Fachorgan wirken. Oberstdivisionär *Züblin* führte aus, die sprunghafte Änderung der innenpolitischen Lage drohe wichtige Grundsätze der Kriegführung zu vernebeln. Die militärischen Maßnahmen bedürfen der stetigen Planung, die Zeit und Geld erfordert. «Nur die folgerichtige, gesteuerte Vorbereitung auf den Krieg ist erfolgversprechend. Alles andere gleicht Strohfeuern, die ebenso rasch erlöschen wie sie angezündet werden.» Die einseitige Forderung nach einer Verbesserung der Panzernahabwehr trage den Anforderungen des Kampfes gegen eine moderne Armee zu wenig Rechnung und sei geeignet, im Volke Verwirrung zu stiften. Der Vergleich der Bewaffnung eines russischen und eines schweizerischen Infanterieregiments ergibt, daß wir auf dem Gebiet der Panzernahbekämpfungsmittel ein deutliches Übergewicht besitzen, dagegen sind wir im Rückstand bei den weittragenden Panzerabwehrwaffen und den Begleitpanzerfahrzeugen, also beim schweren Material. Der neue Waffenchef der Leichten Truppen sieht unsere Aufgabe in einer «Qualitätssteigerung in der Rüstung» und lehnt überzeugend die scheinbar billigere und einfachere Methode, auf eine Masse von leichtbewaffneten Einzelkämpfern abzustellen, entschieden ab[7]).

Landsturmkurse

Zur Panzerbekämpfung gehört auch die *Umschulung* von Infanteriekanonenzügen der Grenztruppen auf die 9 cm Pak. Sie sollte ursprünglich auf drei Jahre verteilt werden, in Anpassung an den Ergänzungskursturnus der Grenztruppen. Der Bundesrat will nun aber diese Umschulung auf zwei Jahre zusammendrängen und die Umschulungskurse als außerordentliche zusätzliche Dienstleistungen erklären. Einige Grenadierkompagnien der Landwehr sollen zu *Minenkursen* von 6 Tagen einberufen werden, ebenfalls ohne Anrechnung. Um aber auch Ausbildungslücken auf andern Gebieten zu schließen, umfaßt das Ausbildungsprogramm des Bundesrates vom Februar 1957 auch verschiedene Truppenkurse, Kaderkurse und Offizierskurse für andere Truppen. Im Vordergrund stehen dabei Formationen des Landsturms, die nie zu ordentlichen Instruktionsdiensten einberufen werden können. Der Bundesrat beabsichtigt die Einberufung der Territorialkompagnien und der Militärsanitätsanstalten sowie der Stabsdetachemente der Territorialzonen und -kreise zu Kursen von 3 bis 6 Tagen, aufgeteilt auf die Jahre 1957 bis 1959. Die Ortswehrkurse sollen von 3 auf 6 Tage ausgedehnt werden und 1957 und 1958 sämtliche Angehörige bis zum 60. Altersjahr umfassen. Für die Mobilmachungsstäbe mit ihrem zahlreichen Hilfspersonal sind Übungen von 3 Tagen vorgesehen.

Die Einberufung von Landsturmformationen zu Ausbildungsdiensten mag einem militärischen Bedürfnis entsprechen, aber sie steht, wie auch die Verlängerung des Kadervorkurses für Offiziere, in einem schreienden Gegensatz zu den 1956 vom Bundesrat angeordneten Diensterleichterungen für die Unteroffiziere, die zum Feldweibel oder Offizier ausgebildet werden sollen. Während man die Ausbildung dieser ganz jungen Kader im Alter von 20 bis 23 Jahren verkürzt, verlängert man die WK für die im Berufsleben stehenden Offiziere auf 4 Wochen und will selbst Großväter in den Fünfzigerjahren noch zu außerordentlichem Instruktionsdienst einberufen. Das sind Gegensätze, die unverständlich sind und die der Bundesrat nur aus der Welt schaffen kann durch Aufhebung seiner 1956 unter dem Eindruck der Chevallier-Initiativen beschlossenen Abbaumaßnahmen. — Der Jahresbericht der Offiziersgesellschaft des Kantons Zürich betont mit Recht, die Kürzung der Ausbildungszeiten für angehende Offiziere sei ein untaugliches Mittel, um das Kaderproblem zu lösen. «Besser wäre es, wenn in den betroffenen Landesgegenden eine freundlichere Stimmung gegenüber der Armee an den Tag gelegt würde, die von selbst die jungen Leute wieder Freude an der militärischen Karriere gewinnen läßt. Die Kaderausbildung sollte auch von Arbeitgeberseite gefördert werden; die längeren Abwesenheiten im Militär sind für das zivile Leben keineswegs verloren[7]).» Diese schon oft erfolgte Mahnung muß in gewissen Arbeitgeberkreisen im Interesse unserer Landesverteidigung besser beherzigt werden.

Verzicht auf Manöver?

Die Umstellung der WK auf die Panzernahabwehr und die von der Armee angeordneten Maßnahmen für die Einsparung von Treibstoffen stellen die planmäßige Durchführung von Heereseinheitsmanövern in Frage, trotzdem im zivilen Sektor die Beschränkungen im Treibstoffverbrauch aufgehoben sind. Wie der Kdt. des 2. Armeekorps am Rapport der 4. Division ausführte, sollen die vorgesehenen Manöver der 4. und 6. Division nicht durchgeführt werden, da auch die Armee Treibstoff sparen wolle[8]). Im gleichen Sinn äußerte sich der Kommandant der 6. Division an seinem Divisionsrapport[9]). Der Verzicht auf große Manöver ist um so schmerzlicher, als schon der Ausbildungsplan 1956/59 eine erhebliche Einschränkung der Heereseinheitsmanöver mit sich brachte. Wenn die Kommandanten unserer Divisionen, Gebirgsbrigaden und Leichten Brigaden in vier Jahren einmal Gelegenheit erhalten, ihre Heereseinheit im Manöver

wirklich zu führen, so darf diese seltene Gelegenheit nicht noch mehr eingeschränkt werden. Angesichts der Besserung unserer Treibstofflage hoffen wir lebhaft, das EMD komme im Interesse der Schulung der Führer und Stäbe auf die Manöverfrage zurück und lasse die planmäßig vorgesehenen Heereseinheitsmanöver auch in diesem Jahre durchführen. Der immer deutlicher in Erscheinung tretenden Tendenz, die Führung der Truppe durch Planung zu verdrängen, muß Einhalt geboten werden. Führung kann nie durch bloße Planung ersetzt werden. Die Führung muß sich von Zeit zu Zeit in möglichst kriegsmäßig gestalteten großen Manövern mit all ihren Friktionen und Improvisationen bewähren können.

Das Problem der Schießplätze

Je mehr die militärische Landesverteidigung ausgebaut und durch neueste Waffen und Munitionsarten verstärkt wird, um so brennender gestaltet sich das Problem der Waffen- und Schießplätze. Unsere Armee zählt heute 9 Abteilungen Panzer und Panzerjäger mit 27 Panzereinheiten. Die Beschaffung der Panzer für zwei weitere Abteilungen zu 6 Einheiten ist beschlossen, aber der geeignete Waffenplatz und die ebenso nötigen Schieß- und Übungsplätze für diese Panzerformationen fehlen immer noch. Ebenso fehlt ein Waffenplatz für die Luftschutztruppen, und die Artillerie stößt von Jahr zu Jahr auf größere Schwierigkeiten bei der Benützung behelfsmäßiger Schießplätze für Artillerieschießen in großen Verbänden oder für kombinierte Gefechtsschießen Infanterie/Artillerie. Die Situation wird geradezu kritisch, wenn ab 1960 wesentlich verstärkte Rekrutenjahrgänge in unsere Kasernen einziehen. An eine Beschaffung von Raketengeschoßen für die Artillerie oder für die Fliegerabwehr darf kaum gedacht werden, wären doch Übungs- und Schießplätze von rund 15 km Durchmesser nötig. In unserem dicht besiedelten Mittelland sind Schießplätze in diesem Ausmaß kaum zu finden, ohne erhebliche Eingriffe in die bestehenden Siedlungen. In den schmalen Gebirgstälern sind derartige Plätze überhaupt nicht vorhanden. Vergegenwärtigt man sich die erwähnten Schwierigkeiten, so liegt es auf der Hand, daß sich die für eine starre Verteidigung notwendigen, sehr umfangreichen Bauten in Friedenszeiten überhaupt nicht verwirklichen ließen.

Angesichts der Widerstände, die alle Waffen- und Schießplatzprojekte in unserem Lande seit einem Jahrzehnt finden, ist es gegeben, die Frage der *Pacht ausländischer Schieß- und Übungsplätze* näher zu prüfen. Schließlich liegt bereits ein großer schweizerischer Flugplatz im Ausland; warum sollte es nicht möglich sein, beispielsweise im französischen Jura größere Gebiete für die Anlage schweizerischer Schieß- und Truppenübungsplätze zu pachten? Außenpolitische Experten äußerten keine Bedenken zu diesem Vorschlag, sofern eine entsprechende Anfrage an beide Mächteblöcke gerichtet wird. Bei der ewigen Neutralität unserer Außenpolitik und unserer grundsätzlich nur auf Verteidigung und Abwehr ausgerichteten Wehrpolitik sollten die ausländischen Staaten kaum militärpolitische Bedenken hegen, unserer Armee in Friedenszeiten in ihrem Territorium ausschließlich für Ausbildungszwecke Gastrecht zu gewähren. Jede materielle Verstärkung unserer Armee ist illusorisch, wenn wir ihr nicht die nötigen Ausbildungsmöglichkeiten verschaffen. Ohne diese Ausbildung bleiben Panzer und Geschütze wirkungslos. Darum sind entscheidende Schritte zur Lösung des Schieß- und Übungsplatzproblems unaufschiebbar.

Miles

---

[1]) Vgl. «Schweizer Monatshefte», März 1956, S. 684. [2]) NZZ 21. 2. 57, Nr. 490. [3]) NZZ 29. 1. 57, Nr. 263. [4]) «Volksstimme», St. Gallen, 4. 2. 57. [5]) NZZ 30. 1. 57, Nr. 267. [6])«Volksstimme»,30. 1. 57. [7]) NZZ 11. 2. 57, Nr. 389. [8]) NZZ 7. 2. 57, Nr. 354. [9]) NZZ 11. 2. 57, Nr. 389.